

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

2.4.1932 (No. 77)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsangehörigen: G. A. M. e. n. d. Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14
Fernsprecher Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Abänderung, Abbruch und sonstigen Veränderungen fällt der Inhalt der Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralhandelsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Baden, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutsche Industrie zur handelspolitischen Lage

Gegen Autarkie und Währungsexperimente

Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt über die Tätigkeit seiner handelspolitischen Kommission, die am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. v. Stimson in Berlin stattfand, folgende Mitteilung aus: Eine eingehende Aussprache über die Probleme, die sich aus der Rückwirkung der deutschen Devisenlage auf die handelspolitische Lage ergeben, wurde durch ein Referat von Geheimrat Kasst eingeleitet. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Währungsmaßnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisensituation führen muß, wenn die Ernährung der Bevölkerung, sowie die Belieferung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll. Angesichts dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisenparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen. Die weitaus überwiegende Mehrheit der handelspolitischen Kommission vertrat den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt mit dem Ziel einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Gutsfabrikate. Die handelspolitische Kommission sieht auf dem Standpunkt, daß sobald als möglich eine Änderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Sie vertrat im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso scharf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen sind.

Die „Frankf. Ztg.“ nennt das Kommuniqué verflämmt, es könne schwerlich anders verstanden werden, als daß der Reichsverband für eine veränderte Behandlung der Devisenverteilung eintritt. Nach der Information des Blattes war die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer der Meinung, daß angesichts der bedrohlichen Devisenlage in allererster Reihe Ersparnisse im Kapitaldienst versucht werden müßten, soweit sie im Wege freiwilliger Vereinbarung mit dem Auslande erreichbar sind. Eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung sollte dagegen erst in zweiter Reihe in Frage kommen und darin bestehen, die Zuteilung elastischer zu gestalten. Es wurde ausdrücklich betont, daß handelspolitische Schwierigkeiten vermieden werden müßten. Erst wenn auch diese Maßnahmen sich als nicht ausreichend erweisen sollten, würde nach Ansicht der Mehrheit des Reichsverbandes eine gewisse Stafelung in der Devisenzuteilung auch nach allgemeinen Gesichtspunkten zu empfehlen sein, wobei wieder die handelspolitischen zu berücksichtigen sein würde.

Gegen Autarkie-Bestrebungen

Auf der Jahresversammlung des Verbands mitteldeutscher Industrieller in Frankfurt a. M. sprach am Samstag das Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geh. Rat Dr. h. c. Kasst über den „Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft“. Der Vortragende ging von der immer schärfer werdenden Absperrung der einzelnen Völker voneinander aus und polemisierte gegen die diese nationale Autarkietendenzen fördernde Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten. Man dürfe nie außer acht lassen, daß die deutsche Industrie zu fast einem Drittel für den Weltmarkt arbeite, und daß Deutschland exportieren müsse, um seine privaten finanziellen Verpflichtungen erfüllen zu können. Ebenso sehr wie sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gegen irgendwelche politischen Zahlungen hemme, ebenso sehr sei Deutschland durchdrungen von der Notwendigkeit, seine privaten Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings müssen sich die Gläubigerländer Deutschlands darüber im Klaren sein, daß sie Deutschland die Möglichkeit zur Innehaltung seiner Verpflichtungen geben müßten, mit anderen Worten, bereit zu sein, deutsche Waren aufzunehmen. Deutschland habe alles getan, was von seiner Seite billigerweise erwartet werden konnte. Es liege nun bei den Gläubigern, dafür zu sorgen, daß die deutsche Wirtschaft arbeitsfähig bleibe.

Geh. Rat Kasst verlangte von der Regierung, sie möge die Bahn für die Unternehmerinitiative freimachen. In erster Linie müsse eine generelle Senkung des Unkostenfaktors der öffentlichen Hand eintreten. Dann gelte es, die auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen bestehenden Hemmnisse zu beseitigen, wenn man erreichen wolle, daß wieder mehr Arbeitskräfte in den Wirtschaftsbetrieb eingeschaltet werden könnten. Ebenso dringlich sei die Umschulung der Gemeinden sowie eine durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge überhaupt, mit dem Ziele einer Vereinheitlichung der Ausgabenverhältnisse.

Der Reichspräsident empfing heute, Samstag vormittag, als Vertreter der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse Landrat a. D. Gerke und Graf Westarp zu einer Besprechung über die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl.

Abkündigung der polnischen Maximalzölle. Eine Verordnung des polnischen Finanzministers über die Abschaffung der Maximalzölle ist in Kraft getreten. Die Bestimmungen der Verordnung werden auf bestimmte aus Deutschland stammende Waren angewandt.

Der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

Der neue Stimmzettel
Der amtliche Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl am 10. April trägt folgenden Text:
Reichspräsidentenwahl
Zweiter Wahlgang
Paul von Hindenburg,
Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin.
Karl Ritter,
Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München.
Ernst Thälmann,
Transportarbeiter, Hamburg.

Letzte Nachrichten Ein Kommunalprogramm der Industrie

Forderungen des Langnam-Vereins
GND, Düsseldorf, 2. April. (Priv.-Tel.) In einer Eingabe an den Reichskanzler stellt der Langnam-Verein drei Maßnahmen in den Vordergrund, die sofort und in organischer Verbindung miteinander ergriffen werden müßten.

Die kurz- und mittelfristige Beschäftigung der deutschen Gemeinden, die drei Milliarden Reichsmark wertige, bedürftigster Konsolidierung. Diese Umschuldung sei notfalls unter Bürgerschaft des Reiches vorzunehmen. Die Hilfe, die das Reich den Gemeinden durch eine Umschuldung angedeihen lasse, berechtige das Reich, von sich aus eine einheitliche neue Finanzordnung für sämtliche deutsche Gemeinden und Gemeindeverbände zu schaffen, um eine Garantie gegen eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit herzustellen. In diesem Zusammenhang wird auf die bekannte Gutachten von Ludwig der Frau, wie es die kommunalen Unternehmungen zweckmäßigerweise in öffentlichen Bewirtschaftungen eintragen und privaten Wirtschaftsträgern überlassen werden sollen. Leitender Gesichtspunkt dieser Prüfung müsse die Befreiung des heute so anders unerträglichen Wettbewerbs der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft sein. Schließlich werde die Neuorganisation der Erwerbslosenbetreuung immer dringlicher. Die Zusammenfassung der gesamten Erwerbslosenbetreuung in einer einzigen Organisation, die den Arbeitsschreitern zu übertragen sei, und die allgemeine Einführung der Prüfung auf Bedürftigkeit und Arbeitswilligkeit sei dringend erforderlich.

Werde die kommunalpolitische Junctim — Reform der Erwerbslosenfürsorge wie vorgeschlagen, Umschuldung — sofort geschaffen und durchgeführt, so bestie begründete Hoffnung für baldige Ges. dung der Gemeindevirtschaft.

Die deutsche Delegation für London

Abreise am Dienstag
GND, Berlin, 2. April. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist nunmehr die Zusammenfassung der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz fertiggestellt. Es werden ihr neben Staatssekretär von Helldorf, Ministerialdirektor Fosse vom Reichswirtschaftsministerium, Vortragender Legationsrat Wiesel, Vortragender Legationsrat von Seeren und Attache Dr. Kordt angehören. Die Delegation wird Berlin voraussichtlich am Dienstag verlassen.

Eine Entgleisung Tardieus

Kritik innerdeutscher Verhältnisse
WZ, Paris, 2. April. (Tel.) Die letzte Sitzung der französischen Kammer lang mit einem Miston aus, dessen Echo sich in einigen Morgenblättern findet. Der französische Ministerpräsident hatte sich nach Verabschiedung des Ausfalls auf eine polemische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Abgeordneten Debouche eingelassen, der die Gewährung von Anleihen an auswärtige Regierungen kritisierte. Tardieu hat bei der Abwehr dieser Kritik das „Diktaturregime in Deutschland, wie es in den Notverordnungen zum Ausdruck kommt“, in einer Weise in die Debatte gezogen, die der sozialistischen Presse Anlaß zu Protesten gibt. Der „Quotidien“ schreibt: Ministerpräsident Tardieu hat einen Augenblick vergessen, daß er Außenminister ist. Abg. Debouche machte ihm mit Recht zum Vorwurf, unüberlegt verschiedenen ausländischen Staaten Anleihen gewährt zu haben. Tardieu erwiderte: „Müssen denn diese Länder, um die sozialistische Zustimmung zu erhalten, einen Marschall zum Präsidenten haben? Ist es nötig, daß eine Diktatur, damit wir mit ihr ein Abkommen abschließen können, die Stimmen der Sozialistischen Partei erhält und sich Diktator der Notverordnungen nennt?“

Neue Kämpfe in der Mandchurei

WZ, Tokio, 2. April. (Tel.) In der Mandchurei sind erneut schwere Kämpfe ausgebrochen. Heute früh 6 Uhr begann, einem Telegramm aus Tschangtschun zufolge, eine allgemeine Offensive gegen das nordwestlich von Tschangtschun gelegene Kungun. Tschangtschun ist bekanntlich Hauptstadt des neuen unabhängigen mandchurischen Staates. Es dürfte sich bei den Angriffen um eine von den Japanern unternommene Offensive gegen chinesische Streitkräfte handeln, die 3000 Mann stark, sich vor 4 Tagen in Kungun festgesetzt haben.

* Zur politischen Lage

Die Reichspräsidentenwahl
Von den fünf Kandidaten, die sich am 13. März um den Posten des Reichsoberhauptes bewarben, haben zwei ihre Kandidatur zurückgezogen: Herr Duesterberg und jener merkwürdige Herr Winter, der ja von Anfang an mehr eine Kuriosität, als einen ersten Bewerber darstellte. Der 10. April, der uns den zweiten Wahlgang und damit die Entscheidung bringt, wird drei Kandidaten aufweisen: Hindenburg, Ritter und Thälmann.

Der Oster-Burgfrieden hat den Wahlkampf ruhen lassen. Dieser Kampf wird erst von übermorgen an wieder mit aller Macht einsetzen. Und es wäre gut, wenn sich alle Hindenburgwähler darüber klar wären, daß eine neue Auflage des Wahlkampfes unbedingt notwendig ist. Aus zwei Gründen:

Erstens gilt es die Möglichkeit peinlicher Überraschungen von vornherein völlig und unter allen Umständen auszuschließen. Es wäre töricht, wenn sich der Hindenburgwähler darauf verlassen wollte, daß sein Kandidat ja doch einen großen Vorsprung hat und nun demgemäß sicher gewählt wird. So einfach liegen die Dinge nicht. Wir müssen damit rechnen, daß Ritter ungefähr dieselbe Zahl von Stimmen auf sich vereinigen wird, wie am 13. März. Möglicherweise wird die Stimmenzahl sogar noch etwas größer sein. Herr von Hindenburg muß also mehr Stimmen erhalten als Ritter. Wenn alle Hindenburgwähler wieder ihre Pflicht tun, wird er nicht nur eine Stimme, sondern 7 Millionen Stimmen mehr erhalten.

wird es nicht viel ausmachen, wenn dieser oder jener Hindenburgwähler am 10. April zu Hause bleibt. Nur dürfte die Zahl dieser lässigen Wähler nicht gar zu groß werden. Und deshalb ist es notwendig, auch jetzt wieder die Trommel zu rühren und allen Hindenburgwählern zuzurufen, daß sie von neuem ihre Wahlpflicht erfüllen! Verlasse sich ja keiner auf den andern! Dieselben Argumente, die am 13. März für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten sprachen, gelten unvermindert auch heute noch. Diesen Argumenten muß zum Siege verholfen werden.

Nun aber noch der zweite Grund, der den Hindenburgparteien den Wahlkampf zur Pflicht macht! Man würde dem Reichspräsidenten selbst und seinem Ansehen im Auslande einen schlechten Dienst erweisen, wenn man es zuließe, daß er in dem entscheidenden zweiten Wahlgang wohl gewählt, aber mit erheblich weniger Stimmen gewählt wird. Die Aufgabe, die allen Hindenburgwählern erwächst, ist die, dafür zu sorgen, daß die Stimmensziffer, die am 10. April für Hindenburg zusammenkommt, womöglich noch größer wird, als die vom 13. März. Für unsere innere, wie für unsere äußere Politik wäre das ein sehr großer, moralischer Gewinn.

So sind es zwei sehr ernsthafte Gründe, die dem Wähler eine jede Lässigkeit am 10. April verbieten. Die Hoffnung ist gewiß nicht unbegründet, daß der rechtzeitige Hinweis auf diese Gründe alle Wähler Hindenburgs bewegen wird, zur Urne zu eilen und womöglich noch ihrerseits neue Stimmen zu werben.

Der Schutz Ostpreußens

Die Vorgänge in Ostasien, die der ganzen Welt gezeigt haben, wie wenig man sich auf Verträge und Zusicherungen des Friedens verlassen kann, und die Ereignisse im Memelland, haben im Zusammenhang mit der dauernden, latenten Bedrohung, die für unsere Osten durch die Eigenart der polnischen Politik gegeben ist, zumal in Ostpreußen sehr ernste Sorgen hervorgerufen. Ein Blick auf die Karte genügt, um diese Sorgen zu begreifen. Sind die Litauer drauf und dran, das Memelland sich völlig und ohne jede Wahrung der Sonderrechte der deutschen Bevölkerung einzuverleiben, so blickt das wesentlich mächtigere Polen natürlich schon seit den Tagen des Kriegsendes begehrlieh nach Ostpreußen. Und die ostpreußische Bevölkerung kennt den polnischen Nationalcharakter aus nächster Nähe gut genug, um sich zu sagen, daß Polen gewiß nicht zögern wird, gewalttätig zuzupacken, wenn ihm nicht selbst um die Folgen seiner Handlung bangt.

Es war deshalb eine bedeutsame Tat, daß kürzlich der Reichswehrminister Groener öffentlich versicherte, ein feindlicher Einbruch in Ostpreußen werde, unter welchem

Vorwand er auch erfolgen möge, nicht nur auf passiven, sondern auf **aktiven Widerstand** stoßen, und dieser Widerstand werde sich nicht auf den Osten beschränken, sondern er werde getragen sein von der ganzen moralischen und materiellen Kraft des deutschen Volkes, das in dieser Lebensfrage der Nation über alle Parteischranken hinweg einmütig zusammenhalte. Herr Groener hat dann noch darauf hingewiesen, daß dies auch der Sinn der bekannten Erklärung Hindenburgs sei, die er vor einiger Zeit an den ostpreussischen Provinzialausschuß gerichtet hat.

Die Worte Groeners können von niemanden mißverstanden werden. Also auch von Polen nicht. Polen weiß, daß es auf den bewaffneten Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen würde, wenn es in machtgrieger Verblendung wirklich versuchen wollte, unter diesem oder jenem Vorwand ostpreussisches Gebiet zu besetzen.

Vor der Donau-Konferenz

Die europäische Politik befindet sich nach wie vor in einem Zustand der Schwere, und er wird solange anhalten, bis die Wahlen in Frankreich und Deutschland vorüber sind. Wirklich begründet ist diese zuwartende Haltung nicht. Die Probleme, die zur Lösung drängen, müssen so oder so gelöst werden, und zwar nach den Grundsätzen finanz- und wirtschaftspolitischer Vernunft. Deutschland wird und kann keine Reparationen mehr zahlen, mag nun in Preußen die Weimarer Koalition oder eine Rechtskoalition regieren, mag nun Herr von Hindenburg mit einer Million Stimmen mehr oder mit einer Million Stimmen weniger gewählt werden. Und ebenso ist es mit Frankreich. Die Kammerwahlen mögen ausfallen, wie sie wollen: auch Frankreich wird nicht darum herumkommen, auch nun seinerseits der Vernunft etwas mehr Gehör zu schenken.

Denn Frankreich hat in den letzten Jahren sein wahres Antlitz gar zu freigelegt enthüllt. Auf die französischen Reden werden nur noch die wenigsten hereinfallen. Und, wenn es der Pariser Diplomatie hie und da gelingt, Unfug zu stiften und in fremden Kabinetten vorübergehend Verwirrung hervorzurufen, dann nur deshalb, weil Frankreich eben noch immer über eine solche **Machtposition** verfügt, daß man es nicht gut ignorieren kann.

Unter diesem Gesichtswinkel müssen auch die Verhandlungen betrachtet werden, die jetzt in London zwischen Tardieu und Macdonald stattfinden werden, Verhandlungen, denen dann in der nächsten Woche die eigentliche Donau-Konferenz der vier Mächte England, Frankreich, Deutschland und Italien folgen soll. Der französische Ministerpräsident hat, zurückgreifend, auf eine vor kurzem ausgesprochene, mehr unverbindlich gedachte Einladung, London seinen Besuch angemeldet. Der Kabinett arrangieren, bevor die Donau-Konferenz zusammentritt. Ob ihm solches gelingen wird, erscheint auch dann zweifelhaft, wenn man zugibt, daß der derzeitige britische Außenminister, Herr Simon, bisher Frankreich gegenüber nicht besonders geschickt operiert hat.

Jedenfalls liegen die Dinge so, daß England wohl kaum französischen Vorschlägen zustimmen wird, die von Deutschland und Italien abgelehnt oder gemißbilligt werden. Daß den Donaustaaten auf die Beine geholfen werden muß, versteht sich von selbst. Aber nirgends steht geschrieben, daß die Hilfsaktion auf Kosten Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Interessen im Südoften Europas vor sich zu gehen hat.

Die Wahlen des 24. April

Am 24. April werden also Landeswahlen stattfinden in Preußen, in Bayern, in Württemberg, in Anhalt, in Oldenburg und in Hamburg. Wenn die Reichspräsidentenwahl vorüber ist, wird der eigentliche Wahlkampf in diesen Ländern beginnen. Und er wird sicherlich mit großer Leidenschaft geführt werden. Überall wird er durch das Herandrängen der Nationalsozialisten gekennzeichnet sein. In einzelnen Ländern hofft der Nationalsozialismus, mit Hilfe der anderen Parteien der Rechten, die Regierungsmacht erobern zu können; in anderen Ländern wiederum, wie in Bayern und Württemberg, kann es sich nur darum handeln, daß der Nationalsozialismus seine Position befestigt, an eine Übernahme der Regierung ist hier gar nicht zu denken.

Der deutschnationale Führer, Herr Eugen Berg, hat vor einigen Tagen die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag überrascht, die kleineren Parteien der Rechten möchten ihre Reststimmen auf die deutschnationale Landesliste übertragen.

Vertragsverlängerungen beim Mannheimer Nationaltheater. Der Stadtrat Mannheim beschloß, die bis Ende August 1933 laufenden Verträge mit dem Intendanten Maissch und dem Generalmusikdirektor Josef Hofmann auf unbestimmte Dauer in der Weise zu verlängern, daß sie nur bis zum 31. Januar des jeweils laufenden Spieljahrs auf das Ende des folgenden Spieljahrs gekündigt werden können.

Der Betrieb des Baden-Badener Theaters wird weitergeführt. Die Beratung über die Weiterführung der städtischen Schauspiele Baden-Baden wurden am Freitag zu später Abendstunde abgeschlossen. Es wurde eine Basis gefunden, auf welcher die berechtigten Interessen der Schauspieler wie der Stadt Berücksichtigung finden. Der Spielbetrieb wird im April in dem bisherigen Umfang weitergeführt.

19. Deutsches Bach-Fest in Heidelberg. Das 19. Deutsche Bach-Fest der Neuen Bach-Gesellschaft Leipzig, findet am 3., 4. und 5. Juni in Heidelberg statt.

Der Dichter Weigand Ehrenbürger von Giffenheim. Der fränkische Dichter Wilhelm Weigand, der am 13. März 1862 in Giffenheim (Amt Taubertshausheim), geboren wurde, wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrenbürger von Giffenheim ernannt.

tragen; die so Gewählten sollten dann Hospitanten der Landtagsfraktion werden, da jene Parteien doch nicht Fraktionsstärke erringen würden. Die Deutsche Volkspartei und die Christlich-Sozialen haben den Vorschlag abgelehnt. Wirtschaftspartei, Landvolk und Volkserbative dagegen haben sich bereit erklärt, eine Listenverbindung mit der deutschnationalen Volkspartei einzugehen, und nach den neuesten Meldungen würde auch die Deutsche Volkspartei in einzelnen preussischen Wahlkreisen an dieser Listenverbindung mit den deutschnationalen teilnehmen.

Als Bedingungen hatte Herr Eugen Berg genannt: Bekenntnis zu einem klaren und entschiedenen Nationalismus, insbesondere Kampf gegen den Youngplan, Ablehnung einer jeden Sorte von Sozialismus und demgemäß „Bildung eines nationalen, antimarginalistischen Kabinetts in Preußen und im Reich“. Die kleineren Parteien der Rechten haben in ihrer Presse erklären lassen, daß sie an und für sich dieselben Ziele verfolgten. Sie und da hat man aber auch Herrn Eugen Berg darauf aufmerksam gemacht, daß sein Kampf ja eigentlich auch dem Nationalsozialismus gelten müßte, wenn er eine jede Sorte von Sozialismus bekämpft sehen wolle.

Um die Senkung der Kommunalgebühren

Prüfung der Möglichkeiten

Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Ergänzung und Unterstützung der Bestrebungen auf Senkung der Preise für lebenswichtige Waren und Leistungen die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Dieser Aufforderung wollen die Gemeinden und Gemeindeverbände nachkommen, obwohl die kommunalen Haushalte durch die steigenden Wohlfahrtslasten und den Rückgang des Steueraufkommens außerordentlich belastet sind.

Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthäuser, sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und Siedelheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Melde- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Kaufstellen.

Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundfläche im einzelnen genau geregelt ist, entstehen. Eine Senkung der Entgelte muß erfolgen, wenn der Ertrag der Selbstkosten der Gemeinden oder Gemeindeverbände übersteigt. Eine Senkung der Gebühren unter die Selbstkosten kommt nicht in Frage. In den Fällen, in denen die Entgelte die Selbstkosten nicht decken, ist eine Senkung überhaupt nicht erforderlich. Da es bei den ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den rückgängigen Steuereingängen vollkommen ausgeglichen werden muß, sind die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Entgelte für Kaufstellen, die Erparnisse aus der Notverordnung und die Minderung der Selbstkosten gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 innerhalb der Verwaltung zusammenzuführen und zu besonderer früherer Senkung an einzelnen Stellen, z. B. bei den Gas- und Elektrizitätswerken oder bei den Schlachthofgebühren usw., je nach den Bedürfnissen des einzelnen Ortes, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, zu verwenden.

Die gesamte Durchführung der Gebührensenkung ist davon abhängig, daß nicht der Reichsminister der Finanzen oder die zuständigen obersten Landesbehörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anordnungen über die Verwendung der den Gemeinden oder Gemeindeverbänden aus der Notverordnung entfallenden Ersparnisse getroffen haben oder noch treffen werden. Von zahlreichen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sind bereits entsprechend diesen grundsätzlichen Mitteilungen Entlungen von kommunalen Gebühren, Beiträgen und privatrechtlichen Leistungsentgelten vorgenommen worden.

Wahlten

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: In verschiedenen Gegenden Deutschlands wird von nationalsozialistischen Wahlagitatoren das Gerücht verbreitet, die Reichsregierung beabsichtige, durch eine Notverordnung eine einmalige **Wohndarlehngabe** in Höhe von 10 bis 20 M pro Morgen zu erheben. Wir stellen nach Anfrage bei zuständiger Stelle fest, daß die Meldung **frei erfunden** ist.

Ebenfalls aus wahlpropagandistischen Gründen wird in einzelnen Gegenden des Reiches das Gerücht verbreitet, die jetzt zwei Prozent betragende **Umsatzsteuer** solle durch eine neue Notverordnung auf vier Prozent erhöht werden. Dazu wird uns aus dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß an dieser Nachricht **kein einziges Wort wahr** sei.

Kleine Chronik

Ein Sportflugzeug des Bayerischen Fliegerklubs ist Freitag nachmittag bei Rosenheim abgestürzt. Die beiden Insassen wurden getötet. Es sind dies der Schriftsteller und Kunstflieger **Euber** und der Diplomingenieur **Oswald**. Das Unglück ereignete sich in dem Augenblick, als Euber eine Schleife über der Westung seines Waters zog und diesem zugewinkelt. Das Flugzeug zerfiel an der Hauswand der elterlichen Wohnung.

In Berlin wurden drei auf der Straße sich unterhaltende Nationalsozialisten von zwei Kommunisten ohne irgendwelchen Anlaß durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Die Täter entkamen.

Mehrere portugiesische politische Deportierte sind von einer Insel im Stillen Ozean gestüht und auf einem holländischen Dampfer in Marseille eingetroffen.

„Deutschland zuerst!“ Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Vereinigung deutscher Reisebüros, die vor kurzem in Breslau stattfand, wurde u. a. festgelegt, daß die **Arbeitsparole der deutschen Reisebüros** für das kommende Jahr in Anbetracht der deutschen Wirtschaftslage nur: „Deutschland zuerst“ sein könne.

Filippo Turati †. In Paris ist im Alter von 75 Jahren der ehemalige italienische Abgeordnete **Filippo Turati**, einer der bedeutendsten Führer des italienischen Sozialismus und seit der faschistischen Wende das anerkannte Haupt der italienischen Emigranten, verstorben.

Die Litauisierung des Memellandes

Änderung des Wahlrechts?

Gelegentlich seines Kownoer Besuchs äußerte sich der großlitauische Direktor **Simmats** Pressevertretern gegenüber, daß es bei der Entlassung von 21 deutschen Lehrern im Memelgebiet nicht bleiben werde. Er werde außerdem keinen Beamten einstellen, der nicht auch die litauische Sprache beherrscht. Die Landtagswahlen würden nach dem alten parlamentarischen Sejmwahlgesetz Litauens erfolgen. Außerdem werde man das Listenwahlrecht abschaffen.

Hierzu ist zu bemerken: Nach Artikel 29 des Memelstatuts werden die wahlberechtigten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebiets anerkannt. An keiner Stelle des Memelstatuts wird die Kenntnis der litauischen Sprache als Vorbedingung für die Einstellung von Beamten festgesetzt. Das Memelstatut läßt zwar die Anwendung des litauischen Sejmwahlgesetzes zu, andererseits sieht aber Artikel 10 des Statuts vor, daß die Abstimmung in „allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl“ stattfinden hat. Bereits anlässlich der Landtagswahlen im Herbst 1930 sind Versuche der litauischen Organe, den Wählerkreis zugunsten der litauischen Bevölkerungselemente zu vergrößern, durch Eingreifen des Völkerbundesrats verhindert worden.

Das Organ der litauischen Kaufleute in Kowno ruft auch in seiner neuesten Nummer zum **Boycott deutscher Waren** in Litauen auf und fordert die Enttarnung sämtlicher deutschen Bürger, die wirtschaftlich tätig sind.

Wirtschaftliche Verständigung mit Polen

Weideseitiger Verzicht auf neue Zollmaßnahmen

Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen, die in den letzten Wochen in Warschau gefestigt wurden, sind zum Abschluß gelangt. Das Ziel, einer weiteren Verschärfung des Zollkriegs vorzubeugen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wiederhergestellt.

Dadurch wird eine Verschärfung des Zollkampfes, der zu einem fast vollständigen Erliegen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen geführt hätte, verhindert. Auf deutsch-polnischer Seite hat man erreicht, daß die sogenannten **Kriseneinfuhrverbote**, die eine ausgesprochene Spitze gegen Deutschland trugen, zum größten Teil wieder rückgängig gemacht worden sind. Die deutsche Einfuhr wird auf den Gebieten, die durch die Krisenliste betroffen waren, im Durchschnitt bis zu einer Höhe von 80 Prozent zugelassen. Nachdem die Polen sich nach langwierigen Verhandlungen bereit erklärt haben, von der Einführung des **Maximaltarifs** abzusehen, hat man auf deutscher Seite darauf verzichtet, den **Obertarif** bei Polen anzuwenden. Dieser Obertarif hat sich also als sehr brauchbares Abwehrmittel im handelspolitischen Kampf erwiesen.

Kurze Nachrichten

Minister **Diétrich** klagt gegen **Feder**. Reichsfinanzminister Diétrich hat, der „Germania“ zufolge, **Estrafantrag** gegen den Reichstagsabg. **Gottfried Feder**, gegen den Verammlungsredner **Södel** und den verantwortlichen Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Der Freiheitskampf“ gestellt. Der Strafantrag richtet sich gegen die Behauptung, der Minister habe die Stimmen der Wirtschaftspartei im Reichstag durch einen **Schwarzhandel** von 200 000 Reichsmark und damit die Regierung vor dem Sturz bewahrt.

Zwei neue und Braunschweig. Reichsminister Groener hatte am Freitag mit dem Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums, Minister **Kühenthal**, eine Unterredung in Bad Harzburg. Beide Minister haben — wie mitgeteilt wird — in vollster Offenheit die politischen Fragen besprochen, die in letzter Zeit das Land Braunschweig berührt haben und dabei festgestellt, daß sie sich in vollster **Übereinstimmung** befinden.

Für die preussischen Landtagswahlen ist zwischen der Wirtschaftspartei, dem Landvolk und der Liste „Junge Rechte“ ein **Wahlbündnis** zustande gekommen.

Lohnkämpfe in der Seefahrt vermieden. Die mit dem 31. März abgelaufene Rindungsfrist der Tarife in der deutschen Seefahrt ist weder vom Verband deutscher Reederei noch von den seemannischen Verbänden wahrgenommen worden. Der Tarif läuft damit vom 30. April ab automatisch **vier Monate weiter**. Auch die Hafentarife bleiben zunächst noch unverändert.

Ablehnung des Haushaltsplans für Schleswig-Holstein. Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag lehnte am Freitag nach dreitägiger Beratung den mit einem Fehlbetrag von über einer halben Million abschließenden Haushaltsplan der Provinz für 1932 mit allen gegen acht Stimmen der Fraktion „**Seimat und Wirtschaft**“ ab. Oberpräsident **Rürbs** erklärte, daß die Staatsregierung sich vorbehaltlos, alle Maßnahmen unverzüglich zu treffen, um eine ordnungsmäßige Durchführung der Geschäfte zu sichern.

Badischer Teil

Zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Vols

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Staatspräsident hat an Professor Dr. Vols folgendes **Glückwunschsreiben** gerichtet:

„Ein gültiges Geschick hat Ihnen vergönnt, am geistigen Tage des 85. Jahr eines arbeits- und erfolgreichsten Lebens in ungebrochener geistiger und körperlicher Frische vollenden zu dürfen. In diesem seltenen Anlaß beehre ich mich, Ihnen zugleich im Namen der Staatsregierung die aufrichtigsten Glückwünsche zu übermitteln. Damit darf ich den Wunsch verknüpfen, daß Ihnen noch viele Jahre in gleicher Frische und Schaffenskraft beschieden sein mögen.“

Vorläufige Amtsenthebung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Herr Minister des Innern hat einen Beamten des **Betriebsamts** **Kaistatt**, der vor der Reichspräsidentenwahl amtlich nicht genehmigte Flugchriften der Nationalsozialistischen Partei verteilt hat, mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben. Nach Abschluß des gegen diesen Beamten schwebenden gerichtlichen Verfahrens wird das förmliche Disziplinarverfahren gegen ihn durchgeführt werden.

Badischer Landtag

Der Etat im Haushaltsauschuß

In seiner Sitzung am 1. April behandelte der Haushaltsauschuß des Badischen Landtags den Voranschlag des Justizministeriums, über den Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) eingehend berichtete.

Die Verhandlung beschränkte sich nicht auf das Zahlenmaterial und die Ersparnisse, sondern gab Anlaß zu einer großen allgemeinen juristisch-politischen Aussprache, an der sich alle Parteien und der Staatspräsident als Justizminister beteiligten.

Die Verhandlung beschränkte sich nicht auf das Zahlenmaterial und die Ersparnisse, sondern gab Anlaß zu einer großen allgemeinen juristisch-politischen Aussprache, an der sich alle Parteien und der Staatspräsident als Justizminister beteiligten.

Der Haushaltsausschuß wurde mit 14 Stimmen bei keiner Ablehnung und keiner Enthaltung angenommen. Über die Sitzung berichtet die "Neue Bad. Landeszeitung" noch, daß Staatspräsident Dr. Schmidt ausführte, es sei Pflicht der Beamten, namentlich aber des Richters, daß er sich nicht lediglich passiv verhalten dürfe, wenn Minister oder Vorgesetzte in einer öffentlichen Versammlung angegriffen und beleidigt würden.

West-Ost-Siedlung ist not!

Auf Einladung der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft sprach der Leiter der Reichsstelle Baden für Siedlerberatung, Dipl. Landwirt Damer, Karlsruhe, in Karlsruhe über die West-Ost-Siedlung.

Durch die Siedlung soll der deutsche Kleinbauer von der ihm zu eng gewordenen Scholle losgelöst und im Osten auf einen auskömmlichen Lebensraum gestellt, andererseits die durch Arbeitslosigkeit entwürzelten ländlichen Arbeitslosen für die Scholle wieder gewonnen werden.

Ein zweiter Weg ist die Aufstiegs-siedlung, in der sich durch Gemeinschaftsgefühl festgelegte Gruppen aus einfachsten Verhältnissen heraus eine neue Existenz schaffen müssen.

Sebammengebühren

Auf Grund des § 376a der Reichsversicherungsordnung werden die von den Krankenkassen und Unfallkassen für die Leistungen und Aufwendungen der Hebammen zu zahlenden Gebühren mit Wirkung vom 1. April 1932 wie folgt festgesetzt:

Vollzug des Landeskirchensteuergesetzes

Der Kultusminister erläßt eine zweite Verordnung zum Vollzug des Landeskirchensteuergesetzes. Sie bezieht sich auf die Bestimmung des Wohnsitzes oder Aufenthalts eines Steuerpflichtigen, auf die Befreiung oder Widerrückung der kirchlichen Doppelbesteuerung und auf die Festlegung der Kriterien.

Spendet für den Hindenburg-Wahlfonds!

Annahmestelle: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 16.

Aus der Landeshauptstadt

Hindenburg-Ortsauschuß Karlsruhe

Am Mittwoch, den 30. April, hat im Landtagsgebäude eine Besprechung des Hindenburg-Ausschusses für die Stadt Karlsruhe stattgefunden. In dieser teilte der Vorsitzende, Ministerialrat Dr. Aros, das Ergebnis der Besprechungen der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Berlin, die am 17. März getagt haben, mit.

übertragung der Reichsanstalt am Montag durch Mundfunk. Wie bekannt, spricht Reichsanwalt Dr. Brüning am Montagabend 10 Uhr im großen Festhallaal zu Karlsruhe in einer vom Hindenburg-Ausschuß veranstalteten Kundgebung.

in den Ruhestand ist am Freitag Stadtobermedizinalrat Dr. Paull getreten, der seit 20 Jahren sich als Schularzt betätigte. Seine große Menschenfreundlichkeit, hauptsächlich den Kindern gegenüber, hat Dr. Paull in allen Schichten der Bevölkerung in Karlsruhe beliebt gemacht.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum kann heute Herr August Böbel, Kaufmann bei der Firma Rheinische Kohlen- und Brikett-Gesellschaft Mühlberger m.B.H. in Karlsruhe begehen. Der Böbel ist am 2. April 1907 bei dieser Firma eingetreten.

Erhöhung des Stadtgarten-Eintrittspreises. Als 1. April d. J. wird der Tageseintrittspreis für den Besuch des Stadtgartens von 50 Pf. um 10 Pf. (gleich 20 v. H.) auf 40 Pf. gesetzt.

Die Erhebungen in der Grünwinkler Morbata gehen weiter. Der 41jährige Maler Wilhelm Köhler, der des Morbes an dem Portier Josef Gröning bei der Bauereigenschaft Sinner in Grünwinkler vor zwölf Jahren beschuldigt wird, leugnet vorläufig jegliche Schuld.

Verloß gegen das Uniformverbot. Wegen Verstoß gegen das Uniformverbot wurden am Freitag der 19. Jahre alte Mechaniker Ludwig Sch. und der 21 Jahre alte Bäcker Albert B., beide aus Durlach, dem Schnellrichter vorgeführt.

Badisches Landestheater. Schillers "Wallensteins Lager" und "Die Piccolomini" gelangen am Montag, dem 4., Beethovens "Oper Fidelio" am Dienstag, dem 5., und die Operette "Der Zigeunerbaron" von Johann Strauß am Mittwoch, dem 6. April, zur Wiederholung.

Badische Lichtspiele - Konzerthaus. Über die Osterfeiertage lief als Wiederholung der lustige Film "Im weissen Rössl". Eine nochmalige Vorführung erübrigt sich.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Eine Randstörung der bis zum Eismeer abgezogenen Phlone ist im Laufe der Nacht von Schottland bis vor die dänische Küste vorgedrungen.

Wasserstände: Badstube 204 unbeeinträchtigt, Basel 196 minus 1, Schutterstein 61 minus 5, Neßl 201 minus 3, Maran 388 plus 3, Mannheim 275 minus 12, Gumb 191 plus 12.

Gemeinderundschau

Versteigerung der Mannheimer Marktfläche. Bei der diesjährigen Versteigerung der Marktfläche auf dem Mannheimer Haupt- und den Nebennärkten wurden bei 970 Flächen auf dem Hauptmarkt auf 240 überhaupt kein Gebot abgegeben.

1000 Jahre Borzberg. Die von der Stadtgemeinde Borzberg veranstaltete Jahrausdauer des Bestehens der Burg und Herrschaft Borzberg wird nunmehr am 10. Juli vor sich gehen.

Der Bürgerausschuß Rastatt hat nach langer Debatte einer Vorlage, betr. Senkung der Zinsätze für Baudarlehen, zugestimmt.

Die verkaufsfreie Sonntage. In Baden-Baden fand die Osterfeier des Bezirksrats Rastatt statt. Der Baden-Badener Einzelhandel hatte zu dieser Sitzung einen Antrag auf Offenhaltung der Ladengeschäfte an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1932 gestellt.

Milchzentrale Offenburg. Der Bürgerausschuß Offenburg stimmte dem Beschluß des Stadtrats zu, die seit 12 Jahren bestehende Milchzentrale der Stadt um den Preis von 67 000 Reichsmark an die neu zu gründende Gesellschaft "Milchzentrale Offenburg G.m.B.H." zu veräußern.

Ein sparsamer Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß Podersweier hat die vom Gemeinderat beschlossene Zustandsetzung des Schulhauses mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, indem er den benötigten Kredit für die Arbeiten verweigert, trotzdem die Kosten nur einen Pfennig Umlage mehr ausmachen würden.

Die Landstraßenbeiträge. Der Verband badischer Gemeinden ist in einer Eingabe an das Finanzministerium erneut wegen Senkung der Beiträge zu den Kosten der Landstraßen vorteilhaft geworden.

Tariffestung bei der Freiburger Straßenbahn. Nachdem der Reichsminister der Finanzen mit Erlaß vom 17. d. M. die Beförderungssteuer erlassen hat, hat die Städtische Straßenbahn in Freiburg die bereits angekündigte und vom Bürgerausschuß genehmigte Tariffestung durchgeführt.

30 Bewerber um den Bürgermeisterposten von Furtwangen. Für den Bürgermeisterposten in Furtwangen sind nunmehr 30 Bewerbungen eingegangen. 14 der Kandidaten wohnen außerhalb Badens. Ein Kandidat ist Furtwanger.

12 000 Arbeitslose in Ludwigshafen. Die Einwohnerzahl der Stadt Ludwigshafen a. Rh. betrug Ende Februar 1932 109 284 Personen. Davon waren arbeitslos 11 999 Personen. Auf 1 000 Einwohner kamen also Ende Februar 109,8 Arbeitslose.

Kurze Nachrichten aus Baden

Obd. Baden-Baden, 2. April. Zu der Erkrankung des Oberbürgermeisters Effner wird jetzt berichtet, man rechnet damit, daß Effners erste Amtstätigkeit nicht wieder aufnehmen könne. Es wurde ihm ein Fuß abgenommen.

Obd. Bernersbach (bei Forbach), 2. April. Erhängt aufgefunden wurde am Freitag in einer Ebene auf Gewann Rosengrund ein etwa 35 Jahre alter Mann. Der Selbstmord dürfte schon vor einiger Zeit vorgenommen worden sein. Der Selbstmörder hatte sich vor dem Erhängen noch eine Angel in den Kopf gesteckt. Man schließt aus der Kleidung, daß es sich um einen Mann aus besseren Kreisen handeln muß.

Obd. Lahr, 31. März. Am 5. April feiert Fabrikant Julius Kaufmann, Wittthaler der Firma Ernst Kaufmann in Lahr, seinen 80. Geburtstag. Kaufmann hat der Handelskammer Lahr von 1897 bis 1918 als Mitglied angehört und war von 1909 bis 1918 ihr stellvertretender Vorsitzender.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for City, 2 April, and 1 April. Cities listed include Amsterdam, Copenhagen, Italy, London, New York, Paris, Switzerland, Vienna, and Prague.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März 1932 hat sich in der Ultimowoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 25,2 Mill. Reichsmark auf 4231,1 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenscheinen um 7,0 Mill. Reichsmark auf 111,4 Mill. Reichsmark erhöht.

1020,5 Mill. Reichsmark erhöht. Im Einzelnen haben die Goldbestände um 1,6 Mill. Reichsmark auf 878,7 Mill. Reichsmark zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 0,4 Mill. Reichsmark auf 141,8 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,1 Proz. gegen 23,4 Proz. in der Vormoche.

Beschränkung der Abgabe ausländischer Zahlungsmittel

Das Reichsbankdirektorium hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung eine Bekanntmachung erlassen, daß von dem Erwerber ausländischer Noten im Rahmen der Zollgrenze eine schriftliche Erklärung zu verlangen ist, aus der hervorgeht,

1. daß die Noten für die Durchführung einer Reise des Noteninhabers benötigt werden,
2. daß eigene Bestände an ausländischen Noten nicht vorhanden sind,
3. daß dem Erwerber bekannt ist, daß Zahlungsmittel nur bis zu 200 RM. über die Grenze gebracht werden dürfen, und daß er verpflichtet ist, die erworbenen Werte, soweit sie nicht benötigt wurden, der Reichsbank oder einer Devisenbank wieder anzubieten.

Eine Heidelberger Bank in Schwierigkeit. Die Heidelberger Privatbank hat, wie bekannt wird, sich genötigt gesehen, ihre Schalter zu schließen. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich angestrebt, der eine Vollzahlung der Kleingläubiger und eine möglichst weitgehende Befriedigung der anderen Gläubiger vorsieht. Zu berücksichtigen sind etwa 50—60 000 RM. an Passiven. Die Depots befinden sich in Ordnung.

Die Pfälzische Hypothekbank, Ludwigshafen, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Reingewinn von 0,62 (1,66) Mill. Reichsmark aus, wovon 5 (i. H. 10) Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Die Gesamteinnahmen betragen 17,40 (16,74) Mill. Reichsmark. Die Dividende erfordert nur einen Betrag von 0,32 (0,98) Mill. Reichsmark, da die Verwaltung einen Betrag von 3,55 (0,20) Mill. Reichsmark Aktien als im Eigenbesitz bzw. in beschränkter Hand befindlich von der Dividende ausnimmt. Die Befugnis, Hypotheken in Pfandbriefen zurückzubehalten, habe die Institute in den Schrumpfungsjahren der deutschen Wirtschaft einbezogen. Das Rückzahlungsrecht in Pfandbriefen könne nur einen unvollkommenen Ersatz für planmäßige Kurspflege bieten. Der Gesamtumlauf an Pfandbriefen vermehrte sich um 9 (i. H. 25) Mill. Reichsmark auf 203,1 (194,3) Mill. Reichsmark; an Goldhypotheken auf 208,1 (197,7) Mill. Reichsmark; Kommunaldarlehen wurden im Berichtsjahre nicht bewilligt; ihr Bestand wird mit 8,81 (8,15) Mill. Reichsmark

ausgewiesen, während an Kommunalobligationen 7,95 (7,73) Mill. Reichsmark im Umlauf waren.

Staatshilfe für die Schweizer Schleppliftfahrergesellschaft. Nachdem nun auch der Ständerat die Beteiligung des Bundes an der Schweizer Schleppliftfahrergesellschaft in Basel gutgeheißen hat —, der Nationalrat hatte die Vorlage bereits genehmigt —, ist diese nunmehr perfekt geworden. Sie beläuft sich auf 8 1/2 Millionen Franken und zwar 2 Mill. für Zeichnung von Obligationen, 1 1/2 Millionen für Anteilscheine am Genossenschaftskapital.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlung.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Bad. Landesverein für Innere Mission in Karlsruhe in jeder Weise widerruflicher Weise die Erlaubnis erteilt, in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1932 an noch näher zu bestimmenden Tagen im Lande Baden eine Hausammlung bei dem evangelischen Volksteil des Landes Baden zu veranstalten. Die genaue Bezeichnung der Tage, an denen die Sammlung in den einzelnen Städten und Gemeinden durchgeführt werden soll, erfolgt auf Antrag durch das jeweils zuständige Bezirksamt.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Minister des Innern
J. A. Arnspurger.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Polizeikommissar Josef Dreher in Forstheim zum Polizeioberinspektor, Kriminalsekretär Josef Maier beim Bezirksamt Lahr zum Kriminalkommissar, die Polizeihauptwachmeister Stefan Biller und Friedrich Häfner beim Polizeipräsidium in Karlsruhe zu Polizeioberwachmeistern, Gendarmeriehauptwachmeister Stefan Kleinaegel in Unterwittighausen zum Gendarmerieoberwachmeister.

Zur Ruhe gesetzt:

Polizeisekretär Adolf Ganz beim Polizeipräsidium in Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Oberregierungsrat Carl Gronberger im Ministerium des Innern bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Justizministerium.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Gerichtsassessoren Dr. Alfred Behrle beim Amtsgericht Keningingen und Landgericht Freiburg und Rudolf Müller beim Oberlandesgericht.

Berzichtet auf Zulassung:

Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Haas beim Landgericht Mannheim.

Gestorben:

Die Rechtsanwältin Geh. Hofrat Georg Selb und August Reinmuth in Mannheim.

Ministerium der Finanzen

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes: Oberwachmeister Josef Maurer bei der Staatsschuldenverwaltung.

Badisches Landesbühnen-Karlsruhe

Spielplan vom 5. bis 10. April.

Im Landesbühnen:

Dienstag, 5. April. * G 22. Fideles. Von Beethoven. 20—22.30. (5,70).

Mittwoch, 6. April. * A 24 (Mittwochmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Der Jägerbaron. Komische Oper von Johann Strauß. 19—22. (5,70).

Donnerstag, 7. April. * D 25 (Donnerstagnmiete). Th.-Gem. 201—300. „Sommer von einst. Operette von Lajtai. 20—22.30. (4,20).

Freitag, 8. April. * F 25 (Freitagmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 1. Hälfte. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis nach 22.30. (5,70).

Samstag, 9. April. * E 22. Th.-Gem. 1201—1300. Wallensteins Tod. Von Schiller. 20—23. (4,20).

Sonntag, 10. April. Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondernmiete für Auswärtige. Neu einstudiert: Der fliegende Holländer. Von Wagner. 15.15—18. (3,50).

Abends: * C 22. Th.-Gem. 1401—1500. Tosca. Von Puccini. 20—22.15 (6,30).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 10. April. * Zur goldenen Liebe, Operette von Benakly. 19.30—22. (2,60).

Auswärtiges Gastspiel:

Mittwoch, 6. April. In Straßburg: Ständchen bei Nacht.

Für die Großputzerei empfehlen wir:

Fegbürsten in Fiber und Wurzel	Kernseife, weiß und gelb	Putzmittel aller Art
Schrubber " " " "	Schmierseife, " " "	Scheuertücher, verschiedener Sorten
Schrubberstiels, Besenstiels	Bodenöl, geruchlos	Parketttücher
Reisstrohbesen, 3, 4, u. 5 Naht	Parkettbodenwische, weiß und gelb	Fensterleder in verschiedenen Größen
Reisigbesen	Bodenbeize Marke Büffel	Stahlspäne und Stahlschwämme
Roßhaarkehrbesen	in verschiedenen Farben	Mop und Moppolitur
Roßhaarhandfeger	Bodenlack, mit Hochglanz trocknend	

zu den billigsten Tagespreisen bei anerkannt besten Qualitäten

LEBENSBEDÜRFTNISVEREIN Warenabgabe nur an Mitglieder

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Vergebung von Walzarbeiten. Die Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe bezieht gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Verdingungsverfahren vom 20. Januar 1928 in öffentlichem Wettbewerb die Ausführung der Walzarbeiten auf den Bad. Landstraßen in mehreren Losen. Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung von 1 RM bezogen werden. Angebote mit der Aufschrift „Walzarbeiten 1932“ sind verschlossen und portofrei bei uns einzureichen. Öffnungstermin: Freitag, den 15. April 1932, vormittags 10 Uhr. R. 877

Bruchsal. R. 875. In das Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Kraemer Wilhelm, Kaufmann in Untergrömbach und Elisabeth geb. Kobert daselbst. Durch Vertrag vom 23. Oktober 1931 ist die Gütertrennung nach den §§ 1436, 1426 ff. des BGB. vereinbart. Bruchsal, 18. März 1932. Amtsgericht I.

Inserieren bringt Gewinn!

Badisches Landestheater
Sonntag, den 3. April 1932
Nachmittags
Th.-Gem. 401—600
Zu kleinen Preisen
Im weißen Röhl
Singspiel von Benakly
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herz
Mitwirkende:
Blant, Genier, Seiderlich, Janl, Seiling, Wülfich, Brand, Faust, Gemmede, J. Gröbinger, Höder, Kalmbach, Gispach, Kloeble, Luther, Meiner, P. Müller, Prüter, Hölzer, G. Gröbinger, Jung, Kiltan, Kleinbusch, Kuhn, Lindemann, Meyer, S. Müller, Nagel.
Sonntag.
Anfang 15 Ende 16
Preise B (0,70—4,20 RM)

Abends
* B 22. Th.-Gem. 301—400
Nigolletto
Von Verdi
Dirigent: Krups
Spielleitung: Pruscha
Mitwirkende:
Eißelgroth, Haberhorn, Fischbach, Winter, J. Gröb-

gänger, Kalmbach, Reutwig, Gispach, Oerner, Schoepflin, Schäfer, Kiltan
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise E (1—6,30 RM)

Montag, den 4. April 1932
* E 21 Th.-Gem. 801—900 und 1501—1550
Wallenstein
Von Schiller
Wallensteins Lager — Die Piccolomini
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauen-dorfer, Rademacher, Seiling, Baumbach, Brand, Ernst, Gemmede, Herz, Hiert, Höder, Gispach, Kienjäger, Kloeble, Kuhn, Luther, Meiner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Kuhn, Lindemann, S. Müller, Mateo, Schönthaler, Seibert, Schopen, Sonntag

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise B (0,70—4,20 RM)

Die 5. 4. Fideles. Mi. 6. 4. Der Jägerbaron. Do. 7. 4. Sommer von einst. Fr. 8. 4. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Sa. 9. 4. Wallensteins Tod. So. 10. 4. Nachmittags: Der fliegende Holländer. Abends: Tosca. Im Konzerthaus: Zur gold. Liebe.

Wenn Sie Glück haben, können Sie am 22. u. 23. April d. J. in der I. Klasse der Staatslotterie mit einem Achtel-Los zu 5 RM.

10000 RM.

ohne jed. Abzug gewinnen. Versuchen Sie Ihr Glück, in meiner Kollekte!

Bernhard Goldfarb
Staatl. Lotterie-Einnehmer
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstr. (im Laden der Herren - Moden - Firma Josef Goldfarb) L. 786
Postcheckkonto: Karlsruhe 19705
Auch prompter Versand der Lose nach auswärts.

Bist Du schon Mitglied des **Karlsruher Verkehrsvereins?**

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 3. April 1932
Sommer von einst
Operette von Lajtai
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Janl, Seiberlich, Burt, Hellmuth, Kuhlmann, Lindemann, S. Ribinius, Kubach, Luther, Kiefer, Pöfer, Kuhn, Schäfer, Schönthaler, Widutta, Lindemann, Ohfenkiel
Anfang 19 1/2 Ende 22
I. Parterre 2,60 RM

Trunksucht Nichtraucher
vollkommene Entwöhnung in wenigen Tagen mit und ohne Wissen. L. 792
Auskunft durch: **Karl-Apotheke, Karlsruhe**
Wir werben für Sie!

Eine Probe Lebensdeutung frei für Leser dieses Blattes.

Der wohlbekannte Astrologe Prof. Roxroy hat sich wieder entschlossen, für die Bewohner dieses Landes ganz kostenfreie Probe-Horoskope ihres Lebens auszugeben. Prof. Roxroys Ruhm ist so weit verbreitet, daß er wohl kaum mehr einer Einführung durch uns bedarf. Seine Fähigkeit, das Leben anderer zu deuten, einerlei wie weit entfernt sie auch von ihm wohnen mögen, soll an das Wunderbare grenzen. Selbst Astrologen von verschiedenen Nationalitäten und Ansehen in der ganzen Welt sehen in ihm ihren Meister und folgen in seinen Fußstapfen. Er zählt Ihre Fähigkeiten auf, sagt Ihnen, wie und wo Sie Erfolge haben können, und erwähnt die günstigen und ungünstigen Epochen Ihres Lebens. Seine Beschreibung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Ereignisse wird Sie in Staunen versetzen und Ihnen helfen. Herr Paul Stahmann, ein erfahrener Astrologe, Ober-Niewiadom, sagt: „Die Horoskope, die Herr Prof. Roxroy für mich aufgestellt hat, sind ganz der Wahrheit entsprechend. Sie sind ein sehr gründliches, wohlgelegenes Stück Arbeit. Da ich selbst Astrologe bin, habe ich seine planetarischen Berechnungen und Angaben genau untersucht und gefunden, daß seine Arbeit in allen Einzelheiten perfekt, er selbst in dieser Wissenschaft durchaus bewandert ist.“ Wenn Sie von dieser Sonderofferte Gebrauch machen und eine Leseprobe erhalten wollen, senden Sie einfach Ihren vollen Namen und genaue Adresse ein, nebst Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt (alles deutlich und eigenhändig geschrieben) sowie Angabe ob Herr, Frau oder Fräulein, und nennen Sie den Namen dieser Zeitung. Geld ist nicht notwendig. Sie können aber, wenn Sie wollen, 1 RM. in Briefmarken Ihres Landes (keine Geldmünzen einschließen) mitsenden zur Bestreitung des Portos und der Schreibgebühren. Adressieren Sie Ihren Brief an Prof. ROXROY, Dept. 8183 D Emmastraat 42, Den Haag (Holland). Briefporto nach Holland 25 Rpf. L. 772

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus

Ab heute Samstag, jeweils 8.30 Uhr
Sonntag nur 4 Uhr nachmittags
Montag keine Vorstellung

DIE ARCHE NOAH

Der gigantischste Film aller Zeiten
Massenszenen Ueber 10 000 Mitwirkende
Große Orchesterbesetzung Jugend zugelassen

Frühjahrs-Neuheiten in

STOFFEN

empfiehlt in großer Auswahl

WILH. BRAUNAGEL

jetzt Lammstraße 3, nächst der Kaiserstraße